Der Justizminister antwortete mit der größten Gelassenheit und einer wahrhaft eisigen Objektivität. Er dankte zunächst, daß ihm Gelegenheit gegeben wäre, vor dem hohen Hause über den Verlauf des Xantener Mordes sich auszusprechen. Der Ritualmord scheide als solcher ja nach den Erklärungen des Abg. Stöcker aus. Ebenso brauche davon nicht die Rede zu sein, daß sich die Justizverwaltung irgendwie von Demonstrationen in Volksversammlungen beeinflussen lassen könnte. Unsere Rechtsprechung, so erklärte der Minister mit Nachdruck, liege in den Händen von Richtern, deren Unabhängigkeit und Unparteilichkeit „seit Jahrhunderten" anerkannt sei. Hierauf gab der Justizminister eine Darstellung des Xantener Prozesses und berichtigte die mit so großem Aplomb von dem Abg. Stöcker vorgebrachten Einzelheiten. Es ist nicht richtig, daß die ersten Erhebungen später als allgemein üblich und möglich in Xanten stattgefunden. Der Minister belegte jede seiner Angaben mit aktenmäßigen Beweisen. Es ist nicht richtig, daß die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Buschoff erst durch die erregte öffentliche Meinung, wie Herr Stöcker behauptete, angeordnet worden sei. Wiederum wies der Herr Justizminister aus den in den Akten ersichtlichen Daten die Unrichtigkeit der Behauptungen Stöckers nach. Bei der Untersuchung der Halsschnittwunde an dem ermordeten Knaben habe sich übrigens herausgestellt, daß diese durchaus nicht der Schnittart bei dem ritualen Schächten der Thiere entspreche. Bei den Ermittelungsversuchen haben sich, wie der Minister weiterhin berichtete, Juden und Christen in Xanten in gleicher Weise betheiligt. Die dortige Synagogengemeinde habe mit Bewilligung des Ministers des Innern die Absendung zweier Kriminalkommissarien beantragt und die daraus entstehenden Kosten aus eigenen Mitteln bestritten. So erkläre es sich auf ganz einfache Weise, daß 700 M. an Kriminalbeamte gezahlt wurden. Der Herr Justizminister hatte ein wirklich unsländliches Geschäft heute übernommen, denn er hatte lediglich Stöckers Behauptungen zu berichtigen. Auch auf den Fall Bleichröder kam Herr v. Schelling zu sprechen. Er bemerkte dem heute in seinen Behauptungen ganz besonders un—richtigen Stöcker gegenüber, daß aus Anlaß der Broschüre Abwardt kein Verfahren erhoben sei, weil Beleidigungsklagen „bekanntlich" auf Antrag erhoben worden. Ein Antrag habe jedoch nicht vorgelegen. Was nun die vermeintliche Meineidsangelegenheit des Herrn v. Bleichröder betreffe, so sei auch hier eine Berichtigung dringend am Platze. Die Denunziation, so erklärte der Minister, bezog sich auf ein angeblich 1869 abgefaßtes Schriftstück, das jedoch verloren gegangen sei. Auch in dem Falle „Liebmann" in Frankfurt a. M. hatte der Herr Minister die Behauptungen Stöckers in allem Wesentlichen zu berichtigen. Unter dem lebhaftesten Beifall seitens der Linken erklärte der Minister, daß die Rede des Abg. Stöcker ganz etwas Anderes zu beabsichtigen scheine, als gewisse Aufklärungen über einzelne Fälle zu erhalten. Auf den Vorwurf, daß der Minister Juden in der Verwendung als Richter bevorzuge, irgend mit einem Worte zu erwiedern, dazu hielt sich Herr von Schelling für viel zu vornehm. Der Abg. Stöcker machte nach der berichtigenden Rede des Ministers einen recht wehleidigen Eindruck, und dieser Gemüthszustand wurde durch die geschickt geschleuderten Pfeile Munckels noch um ein Beträchtliches gesteigert.

* Die **badische Abgeordnetenkammer** hat auf eine Petition des deutschen Frauenvereins „Reform" zu Weimar um Errichtung eines Mädchen-Gymnasiums oder Zulassung des weiblichen Geschlechts zur Ablegung des an den bestehenden Gymnasien eingeführten Maturitäts-Examens beschlossen:

„1) Das in der vorliegenden Petition hervortretende Streben der Frauen nach Erweiterung ihrer Erwerbsmöglichkeit, insbesondere durch Erschließung einzelner auf wissenschaftlicher Vorbildung beruhenden Berufe ist gerechtfertigt und theilweise erfüllbar. 2) Keinenfalls darf der Frau ein Beruf unter leichteren Bedingungen zugänglich gemacht werden, als dem Mann. Es muß darum für alle gelehrten Berufe das Maturitätszeugnis gefordert werden. 3) Zur Ablegung dieser Prüfung können Inländerinnen dem Examen an einem der bestehenden Gymnasien zugewiesen werden. Dagegen ist die Schaffung von Mädchengymnasien zur Zeit ebenso unthunlich, wie die Zuweisung von Mädchen zum Unterricht an den bestehenden Knabengymnasien. 4) Der Besuch von Vorlesungen auf der Universität kann auch fernerhin ausnahmsweise und widerruflich solchen Frauen gestattet werden, bezüglich deren die Fakultät es für zulässig erklärt. Es ist denjenigen Inländerinnen zu gestatten, welche das Abiturientenexamen abgelegt haben und im Uebrigen den für Studirenden geltenden Erfordernissen genügen. 5) Die großherzogliche Regierung wolle auch fernerhin die Entwickelung der Frauenfrage wohlwollend im Auge behalten."

In Preußen heißt's: „immer langsam voran, immer langsam voran," damit die Zedlitzsche Kompagnie nachfolgen kann.

* Aus **Brüssel** wird uns unter dem 8. d. geschrieben: Die beabsichtigte **Einführung des königlichen Referendums in Belgien** war die Veranlassung zu einem merkwürdigen Schauspiele. Wir sehen nämlich jetzt, wie die klerikale Partei, welche sich mit Vorliebe auch die konservative zu nennen pflegt, aus Anlaß dieser Absicht den König in einer Weise angreift, wie dies bis dahin höchstens von Sozialisten geschehen ist. Das Organ des Herrn Woeste z. B., der „Patriote", enthielt am 7. d. M. unter der Ueberschrift „Königliche Allmacht" einen Artikel, der an Respektlosigkeit und Unverschämtheit gegenüber der Person des Königs bis dahin noch nie Dagewesenes leistete und welcher bei dem Ansehen, welches dieses Blatt unter den ultramontanen Belgiern genießt, auch nicht verfehlen wird, der Autorität der Krone einen kräftigen Stoß zu versetzen. Was die Klerikalen veranlaßt, mit einer solchen Wuth gegen das Referendum vorzugehen, liegt klar auf der Hand. Sie besitzen nun einmal die Majorität in der Kammer und eine direkte Berufung des Königs an das Volk könnte daher nur den Zweck haben, einen Beschluß der Majorität umzustoßen, d. h. den Klerikalen die unbeschränkte Bestimmung über die Geschicke des Landes streitig zu machen. Hätten dieselben ein weniger selbstsüchtiges, ein edleres Motiv für ihre Bekämpfung des Referendums, würden sie hierbei nicht von der Rücksicht auf ihre eigenen Interessen, sondern von der Sorge um das Wohl des ganzen Landes geleitet, so wäre es überhaupt undenkbar, daß sie so dreist und brutal die Achtung vor der Person des Königs außer Augen setzen und somit für die Ideen der revolutionären Elemente in Belgien Propaganda machen könnten. Wer da gelesen hat, mit welchem salbungsvollen Patriotismus und sittlichem Ernste die klerikale Presse bis dahin von ihrer grenzenlosen Loyalität und ihrer Liebe zur Monarchie zu reden, mit welcher Entrüstung sie die respektlosen Aeußerungen der Sozialisten über das Königthum und den König brandmarkte, den muß ein wahrer Ekel erfassen, wenn er sieht, wie die nämliche Presse mit einem Male ihre Haltung ändert und es aus nacktem Egoismus darauf ankommen läßt, daß alle ihre früheren schönen Worte und Betheuerungen für eitel Heuchelei angesehen werden. Das Referendum ist, wie auch die Liberalen mit Recht bemerken, eine bedenkliche Einrichtung für einen Staat wie Belgien, denn ein Sieg des Königs bei Anwendung desselben müßte das Ansehen des Parlaments, eine Niederlage des Königs dagegen dasjenige der Krone bedenklich erschüttern, zumal aber, wenn man solche und noch verschiedene andere Gründe sachlicher Art gegen das Referendum zur Hand hat, erscheinen persönliche Invektiven und selbst Verdächtigungen des Königs unverantwortlich. Freuen werden sich über das unqualifizirbare Vorgehen des „Patriote" und seines Anhanges nur die Sozialisten.

Deutschland.

* Der **konservative Landesverein von Sachsen** erläßt eine Bekanntmachung, um darauf aufmerksam zu machen, „daß das bei der Reichstagswahl von 1887 abgeschlossene **Kartell** zwischen der konservativen und der nationalliberalen Partei im Königreich Sachsen zur Zeit nicht mehr besteht, auch eine andere Abmachung zwischen beiden Parteien an dessen Stelle nicht getreten ist." Höchst merkwürdig nimmt sich daneben folgende Mittheilung der „National. Korrespondenz" aus: „Im 22. sächsischen Reichstagswahlkreise (Kirchberg-Auerbach) haben sich Konservative und Nationalliberale auf den der letzteren Partei angehörigen Herrn Kramer in Kirchberg geeinigt. Außerdem wird noch ein sozialdemokratischer und ein antisemitischer Kandidat aufgestellt. Der Wahlkreis war bisher konservativ vertreten. Die Wahl findet am 15. März statt." Daß der Nationalliberalismus des Herrn Kramer ein solcher sei, daß auch andere Liberale, z. B. Freisinnige, für den Herrn stimmen könnten, wird nicht gesagt. Es scheint sich hier also um einen der bekannten „nationalliberalen" Konservativen zu handeln.

* Aus **Baiern** schreibt man uns: Die **Agitation** zur **Aufhebung des Alters- und Invaliditätsgesetzes** erfreut sich im ganzen Lande einer großen Betheiligung. In Nürnberg hat die dahin gehende Petition bereits 20,000 Unterschriften (von Angehörigen der verschiedensten Parteien), in Fürth über 6000 gefunden. Vom platten Lande kommen fortwährend an das die Agitation betreibende Komitee in Nürnberg Gesuche um Uebersendung von Zeichnungsbogen. Stark bekämpft wird die Agitation von den Grillenbergerschen Blätte und den volksparteilichen Organe in Nürnberg.

* In verschiedenen **Garnisonstädten Thüringens** sind über die Lasten, welche der Bürgerschaft aus den immer öfters sich wiederholenden Einquartirungen erwachsen, vielfach bittere Klagen laut geworden. Der Magistrat zu Meiningen hat sich daher veranlaßt gesehen, stadtseitig den **Bau** eines besonderen **Quartierhauses,** zunächst für 500 Mann, in die Hand zu nehmen. Die finanzielle Belastung der Kommunen durch solche Banten ist natürlich keine geringe.

* **„Der alte Bender"** — früher langjähriger Vertreter des Landtagswahlkreises Königsberg i. Pr. im preußischen Abgeordnetenhause und in freisinnigen Kreisen überall bekannt und hochgeehrt unter dem Namen „Bender-Catharinenhof" feiert heute — am 9. Februar — seinen ein und achtzigsten Geburtstag in seinem jetzigen Wohnort Königsberg i. Pr. Die parlamentarischen Fraktionen der deutsch-freisinnigen Partei des Abgeordnetenhauses und des Reichstags haben ihm, ihrem Senior, ihre Glückwünsche dargebracht in einem von Albert Träger verfaßten Gedichte, welches von sämmtlichen zur Zeit hier anwesenden Mitgliedern der genannten beiden Fraktionen unterschrieben worden ist. Dieses Gedicht nimmt insbesondere auch Bezug auf den gegenwärtigen schweren Kampf um die Schule, die dem alten „Bender" stets sehr am Herzen gelegen hat, der selber zu lange Jahre hindurch im Lehrfach thätig war. Wie wir hören, sollen die Dinge, welche jetzt auf dem Gebiete der Schule bei uns vorgehen, dem wackeren greisen Vorkämpfer für eine freie und gesunde Entwickelung derselben, außerordentlich nahe gehen. Möchte er es noch erleben, daß sich die betreffenden Verhältnisse zum Besseren wenden.

* Der bekannte sozialdemokratische Agitator und frühere Redakteur des „Schlägel und Eisen", Peter Braun, hatte am 26. Oktober v. J. an den **Landtagsabgeordneten Kaplan Dasbach,** bei welchem er drei Jahre als Redaktionssekretär thätig war, einen Brief geschrieben, worin er ihm in sieben Punkten Unterstützung von sittenlosen Frauenzimmern, Verletzung des Beichtgeheimnisses und profitwüthige Ausbeutung seines Personals zum Vorwurf machte und ihn am Schlusse des Briefes aufforderte, sein **Landtagsmandat niederzulegen** und sich vom öffentlichen Leben vollständig zurückzuziehen, widrigenfalls der Schreiber das Schreiben durch Veröffentlichung desselben ihm hierzu zwingen würde. Bald darauf erschien auch in „Schlägel und Eisen" ein Artikel, worin Dasbach in Parallele mit dem Abgeordneten Bachem-Köln gestellt und ihm ebenfalls in Aussicht gestellt wurde, daß er „Verhältnisse" halber sich vom öffentlichen Leben vollständig zurückziehen müsse. Dasbach strengte in Folge dessen eine Beleidigungsklage gegen Braun an, die von dem Schöffengericht in Trier unter ungeheurem Andrang des Publikums zur Verhandlung kam. Braun, der sich in sehr gewandter Weise selbst vertheidigte, suchte den Beweis der Wahrheit anzutreten, der jedoch von dem Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Seber, als vollständig mißlungen hingestellt wurde. Im Uebrigen nahm Braun den § 193 des St.-G.-B. (Wahrung berechtigter Interessen) für sich in Anspruch; ein Mann, der wie Dasbach in seiner publizistischen Thätigkeit so wenig eine objektive Rechtlichkeit vorwalten lasse und den Gegner nur persönlich angreife, müsse im öffentlichen Interesse politisch unmöglich gemacht werden. Die Verhandlung, die theils einen sehr erregten Charakter annahm, dauerte bis zum Abend. Das Urtheil wird Freitag den 12. Februar verkündet werden.

* Ein interessanter **Preßkampf** wird in den baierischen Zeitungen zwischen dem Ministerpräsidenten und Eisenbahnminister Baierns von Crailsheim und Dr. Eduard Engel ausgefochten. Wie wir jüngst meldeten, wurde in der baierischen Abgeordnetenkammer von freisinnigen Mitgliedern eine gründliche **Reform der Personentarife** beantragt, und diesem Antrage schloß sich die Kammer einstimmig an. In der Erörterung dieses Antrages nahm auch der Herr Minister von Crailsheim das Wort und machte über die Ergebnisse des ungarischen Zonentarifs Mittheilungen, die zum Theil völlig unrichtig waren, den amtlichen Ziffern aus Ungarn durchaus widersprachen. Nach der Behauptung des Herrn Ministers habe sich der Fernverkehr in Ungarn trotz des Zonentarifs so gut wie gar nicht gehoben, die Einnahme aus den Fernverkehr habe sogar einen Ausfall ergeben. Sofort veröffentlicht Herr Dr. Eduard Engel in der baierischen Presse einen Auszug aus den ungarischen amtlichen Ziffern, der das staunenswerthe Ergebniß enthielt, daß gerade der Fernverkehr in Ungarn, die vierzehnte Zone (über 225 km) die größte Mehreinnahme, mehr als die Hälfte geliefert habe! Die Zahl der Passagiere der vierzehnten Zone hat sich nämlich im ersten Zonentarifjahr von **159,000** auf **500,000**, die Einnahme von **1,280,000** Gulden auf **2,558,000** Gulden gesteigert. — Dieser verblüffenden, vollkommen wahren Thatsache gegenüber wußte der Herr Minister nicht viel anderes vorzubringen (durch die hochoffiziöse „Hoffmannsche Korrespondenz"), als daß er unter „Fernverkehr" nicht den Verkehr über 225 Kilometer, sondern den von über 25 Kilometer gemeint habe!! — Aber auch mit dieser Entschuldigung hatte der Herr Minister kein Glück. Dr. Engel weist ihm soeben nach, daß allein die Zahl der Passagiere über 25 Kilometer im ersten Zonentarifjahr in Ungarn mehr betragen habe als die Zahl sämmtlicher Passagiere, also auch der im Nahverkehr bis 25 Kilometer, vor dem Zonentarif.

Daß gewisse Eisenbahnbehörden vom Zonentarif nichts wissen wollen, haben sie vor dem Publikum zu verantworten. Daß sie aber zur Unterstützung ihrer Abneigung gegen den Zonentarif die offenkundigsten Thatsachen und Ziffern mißachten, ist mindestens seltsam.

* Mit berechtigter Sorge sehen die Einwohner **Spandaus** dem neuen **Etatsjahr** der **Kommune** entgegen. Während andere Städte in Folge des Ergebnisses der Steuereinschätzungen in die Lage kommen, die Zuschläge zu den Staatssteuern zu ermäßigen, tritt in Spandau gerade das Gegentheil ein. Da die Bevölkerung zum weitaus größten Theil nur aus Arbeitern, also Personen mit kleineren Einkommen, besteht, für welche die Steuerstufe bekanntlich niedriger geworden sind, so wird das neue Einschätzungsresultat gegen das bisherige erheblich zurückstehen. Die wenigen größeren Steuerzahler decken den Ausfall nicht. Hierzu kommt, daß die ordentliche Verwaltung der Stadt ein Defizit von circa 80,000 Mark zu verzeichnen hat. Der Magistrat hat den Betrag, der einschließlich des Steuerausfalles fehlt, auf etwa 200,000 Mark berechnet. Der schlechten Finanzlage sollte nun mit einer Biersteuer etwas nachgeholfen werden; vernünftigerweise hat die Stadtverordneten-Versammlung auf dies Mittel verzichtet, auf eine ungewöhnliche Steuerlast können sich die Spandauer gefaßt machen; die Zuschläge betragen bisher schon 180 Prozent, man befürchtet, daß sie auf 300 Prozent erhöht werden müssen. Dabei liegen die Geschäfte sehr darnieder.

* Ueber den **„Werth" der Innungen** wird uns aus Spandau ein lehrreiches Beispiel mitgetheilt. Dort besteht eine

---

fahren nennen möchte, und meist nur auf Wunsch jener Käuferinnen, die es so haben wollen, weil's modern ist, und die nicht das Natürliche, sondern nur das Gekünstelte schön finden, die mangelhafte Pflanze aber „beflaggt" der Verkäufer, um ihre Schäden zu verdecken. Ihr kaufer Papierzipfeln sieht der Uneingeweihte, der sich gern was Blühendes kaufen will, von der Pflanze nicht viel. Wo sie etwa einen Mangel hat, der Anstoß erregen könnte, da prangt eine blaue oder gelbe Papierhülle, wenn der Käufer aber mit seinem Schatz zu Hause angelangt ist, thu in althergebrachter Weise einmal begossen und gespritzt hat, dann fallen die bunnen Papierstreifen von den Zweigen herunter, und nun zeigt es sich, daß, wie man zu sagen pflegt, die Katze im Sack gekauft worden ist.

Nicht nur schlecht getriebene und deshalb kahlstengelige Fliederstränchen, blätterarme Kamelien, krankhafte Clivien, sondern sogar auch die zierlichen Maiblumen, Tulpen und Hyazinthen werden in buntes Papier gewickelt und zwar derart, daß von den Blumen kaum noch etwas zu sehen. Interessant ist die Erscheinung, daß selbst die Fabrikanten künstlicher Pflanzen den Blumenhändlern das gekennzeichnete Verfahren vielfachnachgeahmt haben, bleibt und sie mögen es ruhig beibehalten, ich wenigstens will ihnen die Freude nicht verderben, aber den Blumenfreundinnen, die nicht bunte Papierstreifen, sondern kraftvolle, hübsche Topfgewächse kaufen wollen, kann ich den wohlgemeinten Rath geben, eine Pflanze nicht zu kaufen, wenn sie „beflaggt" ist, dann wird gar rasch eine Unsitte verschwinden, die vielfach dem Betrug als Deckmantel dient.

Die Blumenläden der Reichshauptstadt bieten zur Zeit wie wir oben gesehen haben, viel Unschönes und wenig Interessantes, wir wollen uns deshalb heute mit ihnen nicht weiter befassen und dafür lieber einen flüchtigen Blick auf eine kleine eigenartige Blumenausstellung werfen. Diese Ausstellung wurde am 1. d. M. im Königlichen Kunstgewerbemuseum eröffnet und zwar in Verbindung mit der dort arrangirten japanischen Wohlthätigkeitsausstellung zum Besten der in Japan durch Erdbeben Geschädigten, über die die Leser dieser Zeitung bereits informirt sind. Die Japaner, die ja bekanntlich große Blumenfreunde und leistungsfähige Blumenzüchter sind, lieben es auch, ihre Wohnräume mit abgeschnittenen Blumen zu schmücken, sie winden aber keine eigentlichen Sträuße, sondern vereinigen nur in Vasen einzelne Blüthenzweige von Pflanzen, deren Triebe sie in kurvenförmig geschwungenen Linien künstlich gezogen haben, ein Verfahren, das sich am besten mit unserer Formobstbaumzucht vergleichen läßt.

Ein Fabrikant künstlicher Blumen hatte dieses Verfahren in der japanischen Ausstellung veranschaulicht, und der Direktor des Kunstgewerbemuseums, Herr Professor Lessing, wünschte es, um die Anziehungskraft der dankenswerthen Ausstellung zu erhöhen, auch in lebenden Blüthen zur Darstellung gebracht zu sehen. Das Kunstgewerbemuseum besitzt mehrere japanische Werke, in denen die Bindekunst der Japaner durch zahlreiche Abbildungen erläutert ist, und Herr Direktor Lessing erläuterte an der Hand dieser Abbildungen einigen eingeladenen hiesigen Blumenhändlern und einem auf Befehl des Kaisers erschienenen Vertreter der Kgl. Hofgärten in Potsdam das Verfahren. Es ist dankbar anzuerkennen, daß die geladenen Gärtner sich bemühten, die ihnen zur Verfügung gestellten hübschen japanischen Vasen mit charakteristischen Zusammenstellungen zu füllen. Es gehören Monate lange Vorberechtungen dazu, eine derartige Ausstellung richtig durchzuführen, und dadurch erscheint es begreiflich, daß die Ausstellung, die noch fortdauert, nur ein unvollkommenes Bild von einer japanischen Blumenschau bieten kann. Die Zweige sind alle mit Draht reichlich umwickelt und dann gewaltsam gebogen, und so sehen denn alle Arbeiten recht gekünstelt aus, einige sind sogar geradezu unnatürlich und unschön, wie z. B. die mit Kirschlorbeerblättern und Kamelienblüthen besetzten Zweige aus den Hofgärten in Potsdam. Die Gartenbauschule der Frau Heyl, deren fragwürdige Leistungen von verschiedenen Seiten und von mir nicht nur an dieser Stelle, sondern auch in der Fachpresse gebührend gekennzeichnet worden sind, hat Arbeiten geliefert, die zu den in jener Schule üblichen Spielereien eine treffliche Illustration bieten. An Schnüren hängend sehen wir drei oben ausgeschnittene, armdicke, kurze Bambusstöcke mit Blumen, die gar nichts vorstellen, aber doch etwas sein sollen, sich gleichen wie ein Ei dem anderen und doch verschieden sein sollen, denn an jedem Bambusstück haftet je ein Zettel mit der Aufschrift: „legendes Schiff, ausfahrendes Schiff, heimkehrendes Schiff."

Es kann nicht meine Aufgabe sein, die einzelnen Schaustellungen der Ausstellung hier eingehend zu besprechen, ich begnüge mich damit, festzustellen, daß der Besuch ein überaus reger, und dies zeigt treffend, daß das Interesse für Blumen und Blumenzusammenstellungen fortdauernd sehr groß ist, sobald nur Interessantes geboten wird.

Was die japanischen Bindereien so bewundernswerth erscheinen läßt, das ist die elegante und lockere Zusammenstellung ausschließlich langstieliger Blumen, und hierin können sie den deutschen Blumenbindern als Vorbild dienen. Freilich müssen wir uns ausschließlich an die Natur halten, und die Verwendung künstlich gebogener Zweige dürfte für die Dauer kaum Nachahmer finden.

Auf dem Gebiete der Blumenbindekunst wird sich bald ein gesunderer Geschmack Bahn brechen, die festen unschönen Drahtbouquets werden mehr und mehr verschwinden, und wenn die Verwendung von Draht auch nicht ganz zu vermeiden ist, so wird man sie doch nach Möglichkeit zu beschränken suchen. Ein Drahtbouquet, und mag es noch so kunstvoll sein, macht seiner Besitzerin selten wahre Freude, denn schon nach wenigen Stunden ist es welk und unschön geworden, während ein Naturstrauß ohne Mühe acht Tage lang und darüber in voller Frische zu erhalten ist.

Von Paris ist manche steife Blumenmode zu uns gelangt, aber jetzt fängt man auch dort an, dem Naturstrauß den Vorzug zu geben. Die Pariserin schmückt sich in diesem Winter, wenn sie zum Ball, Konzert oder Theater geht, nicht mehr mit den kleinen, gleich welkenden Drahtbouquets, sondern mit einigen langstieligen Blüthen, die elegant angeordnet sind und auch ein kleines Bändchen zusammengehalten werden. Derartige Natursträußchen werden freilich auch bei uns gefertigt, finden aber noch lange nicht die gebührende Beachtung.

Meinen freundlichen Leserinnen, die Gesellschaften geben, möchte ich rathen, den geladenen Damen statt der üblichen Tischbouquetchen mit Draht einige langstielige Blumen zu spenden, die so durch ein Bändchen zusammengebunden sind, daß die Stiele frei bleiben. Orchideen, Maiblumen, Rosen, Kamelien, Flieder, Schneeball, Anemonen, Nelken u. a. eignen sich zu solchen Gaben trefflich, und man kann jede Dame mit ihren Lieblingsblumen erfreuen, die sie nach Beendigung der Festlichkeit mitnimmt, und die dann, in Wasser gestellt, noch lange frisch bleiben und die angenehme Erinnerung an einen vergnügt verlebten Abend wach erhalten.